

Betreff Aufgabe der Mitgliedschaft im Verein "buergerservice.org e. V."

Dezernat/e II

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
- Kämmerei
- Frauenbeauftragte nach HGIG
- Frauenbeauftragte nach HGO
- Sonstiges
- Rechtsamt
- Umweltamt: Umweltprüfung
- Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- | | | |
|-----------------|---|------------------------------------|
| Kommission | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ausländerbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kulturbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ortsbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Seniorenbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

- Tagesordnung A
- Tagesordnung B
- Umdruck nur für Magistratsmitglieder
- nicht erforderlich
- erforderlich
- öffentlich
- nicht öffentlich
- wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Stadtverordnetenversammlung

Anlagen öffentlich

Beschluss der StVV Nr. 0563 vom 12. Dezember 2019

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

22-V-31-0009

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind

- keine finanziellen Auswirkungen verbunden
 finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün

Prognose Zuschussbedarf
 abs.: 10.314.845,8€
 in %: 17,8 %

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist)
 abs.:
 in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten	..davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperr, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
Summe einmalige Kosten:						
CO	2023 ff.	Mitgliedsbeitrag			- 1.000 €	Kst. 1300269, 1300344
						Kostenart 692000
Summe Folgekosten:					- 1.000 €	

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 1.500 Zeichen)

Der jährliche Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.000 € wird je zur Hälfte aus den Kostenstellen 1300344 „Standesamt und Bürgerbüro“ und 1300269 „Fahrerlaubnis und Zulassungsbehörde“ finanziert. Mit Kündigung zum Jahresende 2022 entfallen diese Kosten ab 2023.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Aufgabe der Mitgliedschaft im Verein „buergerservice.org“ zum Ende des Geschäftsjahres 2022.

C Beschlussvorschlag

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden gibt die Mitgliedschaft im Verein „buergerservice.org“ zum Ende des Geschäftsjahres 2022 auf.
2. Dez. II/31 wird ermächtigt, die notwendige Austrittserklärung entsprechend § 8 der Satzung für den gemeinnützigen Verein „buergerservice.org“ vom 21. März 2018 fristgerecht drei Monate im Voraus zum Ende des Geschäftsjahres 2022 gegenüber dem Vereinsvorstand abzugeben.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

Der gemeinnützige Verein „buergerservice.org“ engagiert sich als Public-Private-Partnership für den Ausbau von Onlinedienstleistungen und fördert die Medienkompetenz für die Nutzung der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises und von De-Mail. Diese Online-Serviceleistungen zeichnen sich durch eine rechts- und datensichere elektronische Kommunikation und Authentifizierung für alle Bürgerinnen und Bürger aus. Diese Art der Vernetzung erfordert eindeutige und bestätigte elektronische Identitäten, welche mit dem neuen Personalausweis (nPA) vorhanden sind. Beides findet bundesweit noch keine breite Akzeptanz in der Bevölkerung.

Durch die auf Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dezember 2019 begründete Mitgliedschaft im Verein „buergerservice.org“ sollte die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit erhalten, um den Nutzen zu den rechtlichen und technischen Möglichkeiten den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

Im Rahmen der Mitgliedschaft hat der Verein SIDBoxen (Secure ID-Boxen) zur Verfügung gestellt, über welche die Bürger/innen einen sicheren Zugang ins Bürgerserviceportal mittels eines Bürgerterminals erhielten. Das der Landeshauptstadt Wiesbaden leihweise überlassene Bürgerterminal wurde 2020 im Zentralen Bürgerbüro im Luisenforum aufgestellt.

Das Bürgerserviceterminal konnte nur in sehr begrenztem Umfang Interesse bei den vorsprechenden Bürgerinnen und Bürgern wecken. Durch eine veränderte Kundensteuerung über Termine - und eine damit einhergehende Steigerung der Kundenzufriedenheit - konnten die Wartezeiten vor Ort so reduziert werden, dass in der Regel kaum Leerlaufzeiten für die Kundinnen und Kunden entstehen, die sie am Terminal nutzen könnten. Im Zuge des Umzugs aus dem Luisenforum in die Ellenbogengasse/Markstraße wurde das Terminal schlussendlich abgebaut.

Das Problem der mangelnden Akzeptanz der eID-Funktion des Personalausweises besteht in breiten Teilen der Bevölkerung weiterhin. Allerdings sind neben z. B. der Online-Beantragung von Führungszeugnissen via eID-Funktion mit der Online-Kfz-Zulassung und dem Führerscheinerstantrag neue attraktive Dienstleistungen hinzugekommen, die die Nutzung der eID-Funktion stärken sollen. Zusätzlich entwickelt der Bund auch bereits alternative Strategien - bspw. die Smartphone-Integration für den Ausweis.

Es ist zur Stärkung der Akzeptanz zielführender, dass die Mitarbeitenden vor Ort oder im Call-Center bei konkret angefragten Dienstleistungen auf Online-Antragswege mittels eID-Funktion des Personalausweises hinweisen, als hierfür eine externe Unterstützung heranzuziehen.

Aus diesem Grund wird die Mitgliedschaft im Verein „buergerservice.org“ nicht mehr als notwendig und zielführend angesehen und soll diese daher zum Ende des Geschäftsjahres 2022 mittels Austrittserklärung beendet werden.

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden, den 9. Mai 2022



Dr. Franz
Bürgermeister